

MEDIENKONFERENZ VOM 30.3.2010

Paul Rechsteiner, SGB-Präsident

Revision der Arbeitslosenversicherung

Nein zu einem schlechten und ungerechten Projekt!

Der von der Parlamentsmehrheit beschlossene Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung stellt die Dinge auf den Kopf. Die hohen Arbeitslosenzahlen, die wir heute haben, sind die Folge der Missbräuche im Finanzsektor. Diese Missbräuche haben beinahe zum Kollaps des Weltfinanzsystems geführt. Die Grossbanken, darunter die UBS, konnten nur mit gigantischen und bis vor kurzem unvorstellbaren Staatsinterventionen gerettet werden.

Doch was passiert jetzt? Im Finanzsektor geht es weiter wie vor der Krise. Die Gewinne und Boni für die Manager sprudeln, die Abzockerei kennt keine Grenzen. Wem sind diese Profite zu verdanken? Ausschliesslich dem Staat, nach dem Motto: Die Profite privat, die Kosten und die Risiken dem Staat. Es sind unverdiente Profite und Boni auf Kosten der Steuerzahler.

So wie jetzt aber die Profiteure im Finanzsektor belohnt werden, so sollen mit der Revision der Arbeitslosenversicherung die Opfer der Krise bestraft werden, mit Leistungsabbau und Verschlechterungen. Die Revisionsvorlage trifft in erster Linie die Jungen, aber nicht weniger beispielsweise die stark industrialisierten Krisenregionen, die neu die Möglichkeit verlieren sollen, in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Taggeld-Bezugsdauer von 400 auf 520 Tage zu verlängern. Auch hier zeigt sich der blanke Zynismus der Referendumsvorlage. Als die Gewerkschaften beim Konjunkturpaket die generelle Verlängerung der Bezugsdauer für die Dauer der Krise auf 520 Taggelder vorschlugen, trat ihnen Volkswirtschaftsministerin Leuthard mit dem Argument entgegen, dass diese Verlängerung für besonders betroffene Regionen ja schon heute möglich sei. Und jetzt sollen ausgerechnet diese Leistungen für die Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit abgeschafft werden. Mit der Folge, dass die Betroffenen auf einen Schlag vor dem Nichts stehen würden.

Die Revisionsvorlage ist somit schlecht für die Betroffenen. Es sind nicht nur die Arbeitslosen, sondern alle, denen dieses Schicksal einmal drohen könnte. Wofür bezahlen die Leute eine Versicherung? Doch dafür, dass sie auf die Leistungen auch zählen können, wenn es einmal darauf ankommt. Was für jede Versicherung gilt, gilt gerade in kritischen Zeiten auch für die Arbeitslosenversicherung. Sie muss greifen, wenn es darauf ankommt.

Die Vorlage ist aber nicht nur schlecht für die Versicherten, sie ist auch schlecht für die Finanzen der Arbeitslosenversicherung. Kommt die Vorlage durch, so dauert es mindestens fünf Jahre länger, bis die Arbeitslosenversicherung wieder finanziell im Gleichgewicht ist als ohne Revision. Denn das heutige Gesetz verfügt über eine automatische Finanzierung. Richtig wäre es, die hohen Einkommen

viel stärker zur Kasse zu bitten als heute. Aber die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung noch zu verschlechtern, wie es mit der Referendumsvorlage geschieht, ist nichts anderes als eine finanzpolitische Dummheit.

Schlecht ist das Revisionsprojekt schliesslich für die Kantone und für die Gemeinden. Denn es sind die Kantone und die Gemeinden, die anstelle der Arbeitslosenversicherung zur Kasse gebeten werden, wenn die betroffenen Arbeitslosen sozialhilfeabhängig werden.

Weil die Revisionsvorlage schlecht und ungerecht ist, haben die Gewerkschaften in einem breiten Bündnis das Referendum ergriffen. Das schlechte und ungerechte Projekt hat kein anderes Schicksal verdient als der von der gleichen bürgerlichen Mehrheit im Parlament beschlossene Rentenklau bei den Pensionskassen: Zurück an den Absender!